



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI)

Aktuell seit 27.04.2026 15:07:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001622
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	27.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	27.04.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstraße 60 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302061400 E-Mail-Adressen: kontakt@bdli.de Webseiten: www.bdli.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1.580.001 bis 1.590.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

6,33

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Michael Schöllhorn**
Funktion: Präsident
2. **Marc Dr. Steckling**
Funktion: Vizepräsident Raumfahrt
3. **Dr. Johannes Bussmann**
Funktion: Vizepräsident Luftfahrt
4. **Dr. Jörg Schuler**
Funktion: Vizepräsident Ausrüstung und Werkstoffe
5. **Martin Kroell**
Funktion: BDLI Mittelstandsbeauftragter und Schatzmeister
6. **Marie-Christine von Hahn**
Funktion: Hauptgeschäftsführerin
7. **Oliver Dörre**
Funktion: Vizepräsident Verteidigung & Sicherheit

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (23):

1. **Lutz Kneer**
2. **Sentiana Schwerin**
Tätigkeit bis 10/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
3. **Konstantin Knoll**
4. **Dr. Stefan Berndes**
5. **Thomas Belitz**
6. **Adrian Ahlers**
7. **Cornelia von Ammon**
8. **Andre Chripunow**
9. **Andreas Vali**
10. **Magnus von Cramm**
Tätigkeit bis 01/21:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

11. **Viktoria Steffen**
12. **Pierre Loos**
13. **Mirja Schüller**
14. **Alexander Möckesch**
Tätigkeit bis 04/25:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
15. **Nanina Mörseburg**
16. **Florian von Hennet**
17. **Dr. Michael Schöllhorn**
18. **Marc Dr. Steckling**
19. **Dr. Johannes Bussmann**
20. **Dr. Jörg Schuler**
21. **Martin Kroell**
22. **Marie-Christine von Hahn**
23. **Oliver Dörre**

Gesamtzahl der Mitglieder:

305 Mitglieder am 31.03.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (20):

1. Hubschrauberzentrum e. V.
2. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)
3. AeroSpace and Defence Industries Association of EU (ASD)
4. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
5. Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. (DGLR)
6. Verband der deutschen Messegewirtschaft e.V. (AUMA)
7. Bundesverband deutscher Pressesprecher e. V.
8. International Astronautical Federation (IAF)
9. Berufsverband der Datenschutzbeauftragten e. V. (BVD)
10. Forum Luft- und Raumfahrt e. V.
11. Supply Chain Excellence Aerospace (SCE A) Deutschland e. V.
12. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (DWT)
13. Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e. V. (IDLW)
14. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e. V. (DGVM)
15. DIN Deutsches Institut für Normung e. V.
16. Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)
17. MINT Zukunft e. V.

18. Adlerkreis (Persönliche Mitgliedschaft der Hauptgeschäftsführerin)
19. Atlantik-Brücke e.V. (Persönliche Mitgliedschaft der Hauptgeschäftsführerin)
20. AeroExcellence International

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Luft- und Raumfahrt; Verkehrspolitik; Bundeswehrangelegenheiten; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Bürokratieabbau; Zoll

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI) repräsentiert eine strategisch wichtige High-Tech-Branche, in der Deutschland und Europa eine global führende Rolle einnehmen.

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie verleiht dem Wirtschaftsstandort Deutschland in vielfältiger Hinsicht nachhaltigen Schub als Job-, Umsatz- und Technologiemosor. Sie ist einer der zentralen Schlüssel zur Lösung dringlicher gesellschaftlicher Herausforderungen.

Mit rund 260 Mitgliedern vertritt der BDLI die Interessen einer Branche, die sich durch internationale Technologieführerschaft und weltweiten Erfolg auszeichnet. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist nicht nur Lebensader und Impulsgeber der Wirtschaft, sondern auch wichtiger Arbeitgeber für überwiegend hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Mit 120.000 direkt Beschäftigten bündelt sie nahezu alle strategischen Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts und generiert ein jährliches Umsatzvolumen von gegenwärtig 52 Milliarden Euro (Angaben für 2024).

Zu den primären Aufgaben des BDLI gehören die Kommunikation mit politischen Institutionen, Behörden, Verbänden und ausländischen Vertretungen in Deutschland sowie verschiedenste Mitglieder-Serviceleistungen im In- und Ausland. Der Verband ist darüber hinaus Markeninhaber der ILA Berlin, die alle zwei Jahre am BER stattfindet.

Konkrete Regelungsvorhaben (24)

1. Nationales Weltraumgesetz

Beschreibung:

Der BDLI fordert die Schaffung von Rechtssicherheit für Unternehmen der dt. RF-Industrie durch klare Genehmigungs- und Haftungsregelungen sowie Erleichterung im Bereich Export von Raumfahrt-Gütern durch Abstimmung des Weltraumgesetz mit dem AWG, AWV und KrWaffKontrG geschaffen werden. Der Umgang mit geistigem Eigentum sollte bei Erfindungen während einer Mission, die Registrierung von Weltraumgegenständen, die Vermeidung und Rückholung von Weltraumschrott und Abbau von Bodenschätzen auf Himmelskörpern thematisiert werden. Außerdem sollte das Verhältnis des Weltraumgesetzes zum Satellitendatensicherheitsgesetz klargestellt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der dt. Industrie im internationalen Vergleich darf keinen Schaden nehmen. Auch das EU Space Law ist in dem Zusammenhang von Bedeutung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4515 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 14. November 2022 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180019 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Weltraumsicherheitsstrategie - Beibehaltung

Beschreibung:

Als Umsetzungsdokument der Nat. Sicherheitsstrategie sollen aus der Weltraumsicherheitsstrategie (WSS) die sicherheits- und verteidigungspol. Aspekte der Weltraumnutzung abgeleitet werden. Die WSS steht parallel und komplementär zur Raumfahrtstrategie der Bundesregierung sowie zur im März 2023 veröffentlichten EU Space

Strategy for Security and Defence.

Zielsetzung der WSS sind vier sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungslinien für die Weltraumnutzung:

- (1) Gesamtgesellschaftliche Resilienzsteigerung
- (2) Stärkung militärischer Handlungsfähigkeit durch Weltraumnutzung
- (3) Schutz und Verteidigung im Weltraum und
- (4) Stärkung der internationalen Ordnung im Weltraum.

Sie soll zu erhöhter Transparenz und Vertrauen in der intern. Weltraumsicherheitspolitik beitragen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/8029 (Vorgang) [alle RV hierzu]

auf die Kleine Anfrage - Drucksache 20/7766 - Die Nationale Sicherheitsstrategie als Ankündigungsbroschüre der Bundesregierung

Zuständiges Ministerium: AA [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180022 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

3. Satellitendatensicherheitsgesetz - Änderung

Beschreibung:

Der BDLI fordert eine Aktualisierung des im Jahr 2007 in Kraft getretenen Satellitendatensicherheitsgesetzes (SatDaSiG) auch in Hinblick auf das sich in der Ressortabstimmung befindliche nationale Weltraumgesetz. Die Gesetzgebung verfolgt zwei Hauptziele: (1) zum einen die Förderung der Nutzung und Kommerzialisierung von Erdfernerkundungsdaten, (2) zum anderen die Wahrung der sicherheits- und außenpolitischen Interessen Deutschlands. Die Deutsche Raumfahrtagentur im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR RA) ermittelt im Zuge der laufenden Evaluierung der Gesetzgebung, ob das Gesetz bzw. die Rechtsverordnung wie beabsichtigt wirken können oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180025 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. Arbeitszeitgesetz - Änderung

Beschreibung:

Unser Ziel ist es, den durch die europäischen Direktiven gegebenen Gestaltungsspielraum zum Vorteil für Beschäftigte und Unternehmen zu nutzen, ohne dass die Arbeitnehmerschutzfunktion des deutschen Arbeitszeitgesetzes eingeschränkt wird

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/4277 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 31. Oktober 2022 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

[ArbZG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406180028](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Haushaltsgesetz 2025

Beschreibung:

Anhebung des Einzelplan 14 auf 2% des BIP („NATO-Forderung“)

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Verhinderung des Rüstungsexportkontrollgesetzes (REKG)

Beschreibung:

Die Koalitionspartner im 20. Dt Bundestag -SPD, FDP, B90/Die Grünen- haben im Koalitionsvertrag vereinbart, sich für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

einzusetzen. Hierzu liegen bislang lediglich nicht in der BReg abgestimmte Eckpunkte des BMWK als Grundlage für einen Referentenentwurf vor. Prioritäres Ziel des BDLI ist, ein solches Gesetz zu verhindern, da bereits heute alle rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung einer restriktiven Exportkontrolle vorliegen. Als verantwortungsvolle Branche begrüßen wir eine konsequente u. entsprechend umsichtige deutsche Rüstungsexportkontrollpolitik. Im Kontext europ. Rüstungskooperation gilt es nun, nicht durch einen nationalen Sonderweg die Harmonisierung von Rüstungsexportkontrolle mit unseren europ. Partnern zu erschweren.

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#);
Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

7. **Arbeitskreis Klimaneutrale Luftfahrt des BMDV/BMWK der Arbeitsgruppe Technologie Unterarbeitsgruppe Enabler**

Beschreibung:

Bereitstellung von angemessenen Fördermitteln für klimaneutrale Luftfahrt

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180053** (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Arbeitskreis Klimaneutrale Luftfahrt des BMDV/BMWK der Arbeitsgruppe Technologie Unterarbeitsgruppe Quick Wins**

Beschreibung:

Bereitstellung von angemessenen Fördermitteln für klimaneutrale Luftfahrt

Interessenbereiche:

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180060** (PDF - 27 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

9. **Arbeitskreis Klimaneutrale Luftfahrt des BMDV/BMWK der Unterarbeitsgruppe 3 Technologie Enabler (Förderung)**

Beschreibung:

Bereitstellung von angemessenen Fördermitteln für klimaneutrale Luftfahrt

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180069** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

10. **BMDV/BMWK Arbeitskreis klimaneutrale Luftfahrt Arbeitsgruppe 2 (AG2) TECHNOLOGIE**

Beschreibung:

Ziel der Arbeitsgruppe Technologie ist das Herausstellen der wesentlichen Technologien zur klimaneutralen

Luftfahrt und, was es braucht, um diese beschleunigt umzusetzen.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180139** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. AAM-ROADMAP AUS DEUTSCHLAND FÜR DEUTSCHLAND

Beschreibung:

In den vergangenen Jahren hat sich Deutschland zum globalen Technologieführer im Bereich der Advanced oder Innovative Air Mobility (AAM/IAM) für senkrechtstartende Elektroflugzeuge entwickelt.

eVTOL (electric Vertical Take-Off and Landing Aircraft) bieten die Möglichkeit, sowohl Metropol- als

auch ländliche Regionen unabhängig von bestehenden bodengebundenen Verkehrsinfrastrukturen

schnell, sicher, nachhaltig und bezahlbar miteinander zu verbinden.

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat am 13. Mai 2020 den Aktionsplan der Bundesregierung für unbemannte Luftfahrtsysteme und innovative Luftfahrtkonzepte vorgelegt. Gemäß diesem Aktionsplan sind für eVTOL entsprechende Ziele definiert worden-

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#)

12. Bundshaushalt 2025 (EPL 09): Verstetigung der Mittel für das LuFo KLIMA der Bundesregierung auf Niveau 2024

Beschreibung:

Zur Erreichung einer klimaverträglichen und wettbewerbsfähigen Transformation der Luftfahrt sowie der Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland, setzt sich BDLI e.V. für eine Verstetigung der Haushaltsmittel für das Luftfahrtforschungsprogramm Klima (LuFo Klima) der Bundesregierung ein.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

13. PFAS Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen

Beschreibung:

- PFAS risikobasiert, verantwortungsvoll beschränken & einsetzen

- PFAS werden in Produkten und Herstellungsprozessen bei hoher Leistungsanforderungen unter extr. Umgebungsbedingungen eingesetzt - gilt insb. für Luft- & Raumfahrt, deren Produkte strengsten Sicherheitsanforderungen unterliegen, höchste Leistungsanforderungen unter extremen Betriebsbedingungen, hochkomplex & langlebig: Ersatzteile müssen Jahrzehnte entspr. ursprgl. Konstruktion verfügbar sein. Keine Alternativen, Industrie ist

angewiesen auf Teile.

- aktuelles Dossier sollte zurückgezogen & schrittweise neu eingereicht werden. Prioritäten auf, Emissionen, Exposition der Stoffe sowie ihren Anwendungen. Aktuelle pauschale Regulierungsansatz bei PFAS, wie im REACH Beschränkungsossier von 2023 dargelegt, nicht zielführend

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9736 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Vorteile von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen weiter nutzen - Wertschöpfung erhalten - Gesundheit und Umwelt schützen

Betroffenes geltendes Recht:

ChemG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410240005 (PDF - 26 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

14. **(CBAM) VERORDNUNG (EU) 2023/956 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 10. Mai 2023 zur Schaffung eines CO2-Grenzausgleichssystems**

Beschreibung:

Ziel von CBAM, Carbon Leakage zu verhindern, ist grds. richtig. In praktischen CBAM-Umsetzung zeigen sich erhebliche bürokratische Aufwände insb. für KMU ohne adäquaten Gegennutzen. Es bedarf des Abbaus dieser Hindernisse, um Schäden für die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen abzuwenden.

BDLI-Vorschläge zur Reduktion des Aufwandes für CBAM dauerhaft zulässige Verwendung von Standardwerten der EU-Kommission: Grenze zur CO2-deklarationsfreien Einfuhr anheben von 150 EUR auf 5.000 EUR je Sendung konzerneinheitliches CBAM Reporting ermöglichen.

Die Anzahl der Pflichtdatenfelder sollte so weit wie möglich reduziert werden.

Keine Erweiterung des CBAM Anwendungsbereiches unter den aktuell geltenden bürokratischen Randbedingungen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13624 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Abschaffung der CO2-Bepreisung statt Erhöhung zum 1. Januar 2025

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13585 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Bürokratieabbau; Zoll

15. **Abbau von Bürokratie und Überregulierung zugunsten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**

Beschreibung:

Wenn Europa wirtschaftlich und militärisch stärker werden will, darf Bürokratie nicht zur Bremse werden. Gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie macht der BDLI e.V. daher konkrete, pragmatische Vorschläge, welche bürokratischen Vorschriften geändert werden müssen, damit Investitionen schnell und effektiv in europäische Fähigkeiten fließen – statt in endlosen Verwaltungsprozessen zu versickern.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]; Bürokratieabbau; Zoll

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503180034** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

16. **Luftverkehrsteuer: Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG)**

Beschreibung:

Luftverkehrsteuer abschaffen oder auf Niveau von 2011 reduzieren: Die nationale Luftverkehrssteuer sollte abgeschafft werden, um Investitionsmittel für Klimaschutzmaßnahmen freizusetzen und den Luftverkehrsstandort Deutschland zu stärken.

Wenn keine Abschaffung erfolgt, muss die Luftverkehrsteuer zumindest gemäß dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Dezember 2024 auf das Niveau von 2011 zurückgeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

LuftVStG [alle RV hierzu]; BGebG [alle RV hierzu]; LuftSiGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505210010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP)
[alle SG dorthin]

17. **Abschaffung nationale PtL-Quote Luftverkehr: Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**

Beschreibung:

Die deutsche PtL-Quote für den Luftverkehr in im §37a Absatz 4a BImSchG verzerrt den Wettbewerb und ist nach dem Beschluss der höherrangigen ReFuelEU Aviation aus Sicht der Europäischen Kommission europarechtswidrig. Entsprechend muss die Quote abgeschafft werden. Aus der Abschaffung resultierende Nachteile für Projekte müssen kompensiert werden, um Vertrauen in die regulatorischen Rahmenbedingungen zu erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505210007 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

18. **Aufbau Wasserstoffökosystem**

Beschreibung:

Die Luftfahrtindustrie arbeite an der Entwicklung der nächsten Generation emissionsärmerer, wasserstoffbetriebener Luftfahrzeuge, die das Potenzial haben, eine zentrale Rolle bei der Dekarbonisierung der Branche einzunehmen. Voraussetzung für die Inbetriebnahme eines Wasserstoffflugzeugs ist ein vorhandenes Wasserstoffökosystem für die Luftfahrt. Bereits heute muss mit der Planung und des Aufbaus des Ökosystems begonnen werden, das die Produktion von (grünem) Wasserstoff in erheblichen Mengen zu wettbewerbsfähigen Preisen, den Transport und die Wasserstoff-Betankungsinfrastruktur an Flughäfen umfasst. Die Anbindung der Flughäfen an das Wasserstoffkernnetz sowie die finanzielle Unterstützung der Luftverkehrsbranche beim Aufbau eines Wasserstoffökosystems müssen sichergestellt werden

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

19. **Hochlauf nachhaltiger Flugkraftstoffe im Rahmen der ReFuelEU Aviation (Verordnung (EU) 2023/2405) sicherstellen**

Beschreibung:

Die ReFuelEU Aviation setzt ab 2025 Quoten für nachhaltige Flugturbinenkraftstoffe an EU-Flughäfen fest. Das gegenwärtige Design der ReFuelEU Aviation verteuert einseitig Flugverbindungen über europäische Drehkreuze und setzt Anreize zur Umgehung europäischer Klimaschutzinstrumente. Die Einführung einer europäischen, reisezielbezogenen und zweckgebundenen Klimaabgabe stellt eine Möglichkeit dar, Wettbewerbsverzerrungen zulasten europäischer Fluggesellschaften auszugleichen, Carbon Leakage zu reduzieren und den Hochlauf nachhaltiger Flugkraftstoffe abzusichern. Alternative Instrumente wie eine Klimaausgleichsgebühr sollten geprüft werden. Außerdem ist eine pragmatische Ausgestaltung der Inverkehrbringung durch flexible Einsatz- und Anrechnungsmöglichkeiten (Book & Claim) erforderlich.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505210006 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

20. Forschungsförderung in der Luftfahrt: Haushaltsgesetz 2025

Beschreibung:

Deutschland sollte die Entwicklung klimaverträglicher Luftfahrzeuge bis 2030 jährlich mit nationalen Fördermitteln von mind. 400 Mio. Euro unterstützen.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505210005 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

21. Vorschläge für ein regulatorisches Rüstungsbeschleunigungspaket

Beschreibung:

Für den Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) ist ein zentrales Anliegen, die absehbar zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel schnellstmöglich in eine verbesserte Ausrüstung für die Bundeswehr umzusetzen. Dazu gehören auch regulatorische Beschleunigungsmaßnahmen. Uns geht es darum, regulatorische Stellschrauben aufzuzeigen, die zu einer Rüstungsbeschleunigung beitragen können. Die enthaltenen Vorschläge knüpfen an die Nationale Sicherheits- und

Verteidigungsindustriestrategie vom 04.12.2024 und die im Koalitionsvertrag vom 05.05.2025 angekündigten Gesetzesvorhaben an.

Betroffenes geltendes Recht:

SÜG [alle RV hierzu]; BwBBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu];
Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2506270005 (PDF - 23 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2506270006 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

22. Bundeshaushalt 2025 (EPL 14): Zuteilung der Mittel für Bereich militärische Luftfahrt

Beschreibung:

Für den Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) ist ein zentrales Anliegen, die steigenden, für den EPL 14 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Forschung & Technologie sowie eine verbesserte Ausrüstung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Bereich der militärischen Luft- und Raumfahrt umzusetzen.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#);
Rüstungsangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#);
Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

23. Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwPBBG)

Beschreibung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) haben am 1. Juli 2025 einen gemeinsamen Referentenentwurf für ein Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr vorgelegt. Ziel ist es, vergaberechtliche und genehmigungsrechtliche Verfahren im Verteidigungsbereich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/25 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

BwBBG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bundeswehrangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509220030 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

24. EU Space Act

Beschreibung:

Der Versuch der EU-Kommission, mit dem EU Space Act ein einheitliches Weltraumgesetz zu schaffen, ist ein richtiger Schritt. Der aktuelle Entwurf braucht jedoch dringend Nachbesserungen. Wir dürfen keine Doppelstrukturen und Bürokratie aufbauen, die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ausbremsen. Außerdem muss es Mindeststandards

über Ländergrenzen hinweg geben, die für alle Marktakteure gleichermaßen gelten. Die im Entwurf vorgeschlagenen Änderungen der Zuständigkeiten zwischen ESA und europäischer Kommission gehen zu weit. Die bewerte Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und ESA muss unverändert bleiben.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511200010 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

5.550.001 bis 5.560.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Airbus Defence & Space GmbH
2. Airbus Operations GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[BDLI-BilanzGuV-2025.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[BDLI-Verhaltenskodex.pdf](#)